

Geheimdienst prognostiziert: „Enorme Zuwanderung aus Afrika“

von Torsten Groß

Quelle: KOPP exklusiv Nr. 4/2107

- Der österreichische Militärgeschichtsdienst prognostiziert im Rahmen einer Analyse, dass bis 2020 weitere rund 15 Millionen Menschen zumeist aus wirtschaftlichen Motiven vom afrikanischen Kontinent in die EU strömen werden. Deshalb werde sich »*der Umgang der EU mit Wirtschaftsmigranten deutlich verändern*«, so die Schlapphüte.

Wenn wir Journalisten der alternativen Medien noch vor wenigen Monaten von einem zu erwartenden »*Massenansturm*« von Armutsmigranten aus Zentralafrika oder gar von »*Migrationswellen*« geschrieben haben, sind wir dafür zuvörderst von unseren Kollegen der Mainstream-Medien und Protagonisten der etablierten Politik fürchterlich gescholten worden.

→ Jetzt prognostiziert das Heeres-Nachrichtenamt unseres Nachbarlandes in einer Analyse, die diversen Medien vor Veröffentlichung zugespielt wurde, dass seinen Schätzungen nach vor allem aus Staaten südlich der Sahelzone - darunter *Nigeria*, die *Demokratische Republik Kongo*, der *Sudan* und *Äthiopien* - die Wirtschaftsmigration nach Europa in den kommenden Monaten und Jahren erheblich anwachsen wird.

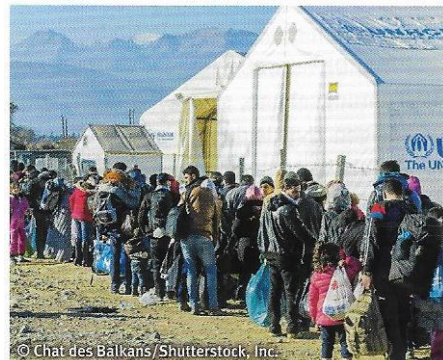
- Konkret warnen die Migrationsexperten des Militärgeschichtsdienstes davor, dass bis zum Jahr 2020 in den beschriebenen afrikanischen Ländern sowie in sieben weiteren rund 15 Millionen junge Erwachsene ohne Arbeit und Perspektive sein werden.
- Neben Krieg, Vertreibung und Terror wird Arbeits- und Perspektivenlosigkeit der Hauptgrund sein, weshalb es die allermeisten Betroffenen ins reiche Europa ziehen wird.

Grenzsicherung und Entwicklungshilfe

Die Geheimdienstler geben neben ihrer realistischen Einschätzung zur Migration den verantwortlichen Politikern auch Lösungsansätze mit auf den Weg.

So werde sich angesichts eines so massiv wachsenden Zustroms von Asylbewerbern aus Afrika »*der Umgang der EU mit Wirtschaftsmigranten deutlich verändern*«, konstatieren die Schlapphüte in ihrer Prognose weiter.

Zwingend notwendig seien deshalb ein verbesserte Abkommen zur Rückführung abgelehnter Asylbewerber. Auch die bisherige Entwicklungshilfepraxis müsse auf den Prüfstand.



Beispielsweise sei die Zahlung von Geldern zur Grenzsicherung an die jeweiligen Regime oder Staatslenker kontraproduktiv, weil diese Mittel häufig fehlgeleitet gegen das eigene Volk eingesetzt würden.

Die Migrationsexperten des Militärgeheimdienstes empfehlen deshalb, die Entwicklungshilfe direkt in die Städte und Regionen zu geben, um damit den Mittelstand zu stärken und dessen Produktivität anzukurbeln. Dies führe zu verbesserter Bildung, zu mehr Ansiedlung von Arbeitsplätzen im Bereich der Industrie und in der weiteren Folge auch zu mehr Investitionen aus dem Ausland.

Umsteuern nach dem Vorbild Australiens

Auch vor dem Hintergrund des Geheimdienst dossiers wollen langjährig an der Macht befindliche Parteien jetzt grundlegende Veränderungen vornehmen. Das zumindest berichten unterschiedliche österreichische Medien.

- Demnach wirbt der amtierende Verteidigungsminister der Republik Österreich, *Hans Peter Doskozil* (46, SPÖ), jetzt für ein Konzept nach australischem Vorbild. Das sieht vor, Asylzentren in Afrika oder in Nahost zu errichten, wo Migranten ihre Asylanträge stellen können. Im Falle der Weigerung der Herkunftsländer zur Rücknahme abgelehnter Asylwerber sollen diese künftig in diese »sicheren Schutzzonen« auf dem Kontinent gebracht werden. Genauso wie die Flüchtlinge, die aus dem Mittelmeer gerettet werden.

Ähnliche Pläne favorisiert auch der österreichische Außenminister *Sebastian Kurz* (30, ÖVP). Das Konzept der Verfahrenszentren wollen die österreichischen Regierungspolitiker im Februar beim Treffen der zentraleuropäischen Verteidigungs- und Innenminister präsentieren und für Verbündete werben, um dieses zu einer zentralen Migrationsstrategie der EU zu formen.

Auch aus Deutschland war in jüngster Vergangenheit - konkret in der Person des Bundesinnenministers *Thomas de Maiziere* - in einem Vorstoß von Aufnahmezentren außerhalb der EU die Rede.

In vielen Kommentarforen der Zeitungen und besonders in den sozialen Netzwerken ernten die »Ankündigungsminister« der etablierten österreichischen Politik für ihre »alles andere als neuen Vorschläge«, die lediglich dem »drohenden Machtverlust« geschuldet sind, vielfach harsche Kritik, Hohn und Spott.

Keine neuen Vorschläge

Viele Menschen scheinen den politischen Akteuren irgendwie so gar nichts mehr glauben zu wollen. Und in der Tat sind derartige Vorstöße alles andere als neu:

- Schon der Paradiesvogel *Ronald Schill* wollte in seiner Amtszeit als Zweiter Bürgermeister und Innensenator Hamburgs (2001-2003) mit kriminellen Migranten, illegal Eingereisten und abgelehnten Asylbewerbern aus dieser Region entsprechend verfahren. Sein Hauptaugenmerk richtete sich seinerzeit auf die Rückführung krimineller Mitglieder der heute berühmten Araberclans, die durch ihr Zutun im Laufe der Zeit Straßenzüge und ganze Stadtteile zu den offiziell nicht vorhandenen »No-Go-Areas« mitten in Deutschlands Ballungszentren mitformten.

Auch mein geschätzter Autorenkollege *Christian Jung* und ich haben uns schon im Sommer des Jahres 2015 mit hochauflösenden Kameras bewaffnet auf den Weg in die Häfen Südeuropas begeben, um mit unserer kurz darauf im *Kopp Verlag* erschienenen Dokumentation *Europa – Grenzenlos* einen Kontrapunkt zur damaligen Berichterstattung der Mainstream-Medien über die Flüchtlingsbewegung im Mittelmeer zu setzen. Entgegen der im Jahre 2015 veröffentlichten Meinung haben wir in unserem 84-minütigen Film schon damals dokumentiert, dass in der Hauptsache eben keine Flüchtlingsfamilien mit ihren Kindern aus den Kriegs- und Krisengebieten der Region über die Mittelmeerroute zu uns kommen. Auch mit unseren bisher einzigartigen Bildern der Smartphone-Ausgabe an die aus »Seenot« geretteten »Flüchtlinge« auf einem Schiff der europäischen *Grenzschutzagentur Frontex* in einem Hafen auf der süditalienischen Insel Sizilien haben wir belegt, dass die »Flüchtlinge« sehr wohl in der Lage waren, persönliche Gegenstände - zumeist bis auf ihre Ausweisdokumente über diese Route nach Europa zu transportieren. Die Signale in ihre Heimat, die die Geretteten anschließend an ihre perspektivenlosen Verwandten und Freunde via Internet senden, dürften ebenso einiges zu dieser prognostizierten Wanderungsbewegung beitragen. Auch haben wir in dieser Dokumentation das australische Modell im Umgang mit Bootsflüchtlingen ausführlich behandelt. Denn dort muss wegen der konsequenten Grenzschutzpolitik seither laut offiziellen Angaben kein einziger Flüchtling mehr einen grausamen Tod durch Ertrinken im offenen Meer erleiden.